



Bürgerinitiative Ansbacher Parteiloser

Fraktionsvorsitzender: Manfred Stephan, Käferbach 16a, 91522 Ansbach, Tel. 09825/1695
Email: manfred.stephan@bap-ansbach.de

An die
Oberbürgermeisterin
Carda Seidel
Stadthaus
91522 Ansbach

Ansbach, 15.02.2015

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

der folgende Antrag wird hiermit fristgerecht gemäß § 26 der Geschäftsordnung zur Behandlung im Stadtrat am 24.03.2015 gestellt.

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt soll beim ÖPNV in Ansbach die Preisstufe E eingeführt werden.

Begründung:

Der Ansbacher Stadtrat hat am 18.11.2010 nach 2jähriger Diskussion den Nahverkehrsplan mehrheitlich beschlossen. Er brachte eine deutliche Verbesserung des Busangebotes, aber auch einen Wechsel von der günstigen Tarilstufe S zu der teuren Stufe K. Vielfach wurde bedauert, dass der Preissprung so gewaltig ist und es keine Zwischenstufe gab.

Eine Mehrheit aus CSU, SPD und Grüne haben das Angebot am 26.02.2013, nur ein Jahr nach der Einführung wieder verringert – angeblich aus vermeintlichen Kostenersparnissen. Viele Ansbacher mussten auf Linienbedarfstaxi (LBT) oder Ortsteilbewohner auf das teure Anrufsammeltaxi (AST) umsteigen. Hier wurde allerdings ein Zuschlag in Höhe eines Einzelfahrscheines von 1,80€ fällig. Einmal Strüth und zurück kostet nun also 7,20 €.

Eine Preissenkung zurück auf die Stufe S, wie von der Oberbürgermeisterin und der BAP angeregt, lehnten die Stadträte der CSU und SPD ab.

Ein Antrag der OLA auf eine Einführung einer Zwischenstufe wurde grundsätzlich von einer Mehrheit des Stadtrates positiv aufgenommen und die OB auch beauftragt, einen entsprechenden Antrag beim VGN zu stellen.

Der VGN hat dem Antrag der Stadt, was unser gemeinsames Ansinnen war, kürzlich zugestimmt. Jetzt bestünde demnach die Chance, die Busfahrpreise adäquat zu korrigieren.

Hierbei ist zu beachten, dass trotz aller pessimistischer Äußerungen zu den finanziellen Verhältnissen der Stadtwerke und der städtischen Töchter ABuV und AWEAN, die Gewinne der Stadtwerke einen bisherigen Höchststand erreicht haben

und dies, obwohl ein Teil davon an die Thüga abgeführt werden muss.

Aber anstatt das Angebot der etwas günstigeren Zwischenstufe mitzugehen, wie teilweise noch vor der Wahl versprochen wurde, hat die Mehrheit aus CSU und SPD eine weitere Erhöhung des Buspreises beschlossen (Einführung der Preisstufe D zum 01.01.2015). Diese Erhöhung ist sicher mit ein Grund für die stark zurückgehende Nutzerfrequenz.

Gerade Bürger mit geringem Einkommen können sich oft kein Auto leisten oder ältere Mitbürger werden durch die zu hohen Preise ein Stück ihres Mobilitätswunsches beraubt.

Ein Teil der Mehrkosten kann durch die derzeit günstigen Kraftstoffpreise ausgeglichen werden.

Die BAP erwartet durch die Preissenkung auch wieder einen Anstieg der Fahrgastzahlen. Ein zusätzlicher finanzieller Ausgleich an die ABuV sollte nicht erfolgen.

Sebastian Höhn
BAP-Stadtrat

Manfred Stephan
BAP-Fraktionsvorsitzender